



Vorlage Nr. 17-O-07-0070

Tagesordnungspunkt 11

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden-Biebrich am 7. November 2017

Maßnahmen gegen rücksichtsloses Fahrradfahren auf den Rheinwiesen (CDU)

Die Rheinwiesen in Biebrich werden sowohl von Fußgängern als auch von Fahrrädern hoch frequentiert. Durch die Enge des Geländes und die jeweils direkt angrenzenden Kinderspielplätze kommt es häufig zu Konflikten sowie Gefährdungen der Fußgänger und Kinder durch Fahrradfahrer, welche in hoher Geschwindigkeit das Gebiet „Rheinwiese“ durchfahren. Das Gefährdungspotential nimmt in der dunklen Jahreszeit noch zu, da die Wege in diesem Bereich nicht beleuchtet sind und Fußgänger entsprechend schlechter zu erkennen sind. Auch stellt die Stadtpolizei in dieser Zeit die Bestreifung per Fahrradstaffel ein und schaltet auf Kfz- und Fußstreifen um, was den Kontrollbereich einengt.

A: Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung werden gebeten,

im Rahmen der Beratungen für den Haushalt 2018/19 dafür Sorge zu tragen, dass die vorgesehene personelle Verstärkung der Stadtpolizei um 36 Ordnungspolizeibeamte vorab der Genehmigung des Haushalts durch das Hessische Innenministerium eingeleitet wird. Durch die unmittelbare Einleitung des Einstellungsverfahrens soll die stärkere Bestreifung auch der Rheinwiesen im Rahmen der Gefahrenabwehr so früh wie möglich umgesetzt werden.

B: *Der Magistrat wird gebeten,*

- 1. dafür Sorge zu tragen, dass die Kommunale Verkehrspolizei ihrem Auftrag zu Verkehrsüberwachung auch an Wochenenden und in den Nachtstunden nachkommt.*
- 2. dafür Sorge zu tragen, dass die der Kommunalen Verkehrspolizei bewilligten zusätzlichen Stellen weitestgehend mit externen Bewerbern besetzt werden, und nicht durch Abwerbungsversuche bei der Stadtpolizei und somit zu Lasten der Gefahrenabwehr in Biebrich.*
- 3. dem Ortsbeirat bis zu seiner nächsten Sitzung über die Zahl der in den vergangenen zwölf Monaten im Ortsbeiratsbezirk Biebrich festgestellten Verkehrsordnungswidrigkeiten zu berichten (monatsweise und unterteilt nach Straßen).*

C: *Der Oberbürgermeister wird gebeten,*

für den Fall, dass die Kommunale Verkehrspolizei bis zum 31. März 2018 ihren Aufgaben - insbesondere der Verkehrsüberwachung - auch an Wochenenden und in den Nachtstunden nicht ordnungsgemäß nachkommt, die Möglichkeit zu prüfen, dem derzeit zuständigen Dezernenten die Verantwortung für diesen Aufgabenbereich zu entziehen.

Beschluss Nr. 0100

Der Antrag wird in der vorliegenden, geänderten Fassung angenommen.

+

+

Verteiler:

Dez. II zu Punkt A
Dez. V zu Punkt B
Dez. I zu Punkt C

Hahn
Ortsvorsteher